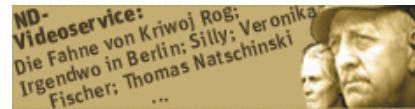




Neues Deutschland

Sozialistische Tageszeitung • Montag, 17. Juli 2006



[Kontakt](#) | [Über uns](#) | [Bücher](#) | [Videos](#) | [Leserreisen](#) | [Shop](#)

Neu: ND-Newsletter

[Home](#) / [Forum](#)

[Aboservice](#) [Anzeigen](#)

aktuell

Politik

Wirtschaft/Soziales

Feuilleton

Berlin/Brandenburg

Sport

Meinung

Termine

Montags im ND

Umwelt

wöchentlich

Außer

Parlamentarisches

Betrieb&Gewerkschaft

Medien/Film

Literatur/Politisches

Buch

Gesund leben

Ratgeber

Kolumne

Debatte

Nord-Süd

Europa

Bildung

Am Wochenende

Menschen und

Leben

Essay

Geschichte

Natur und

Wissenschaft

Forum

Reise

Sonderseiten

FIFA-WM 2006

Bundestagswahl

2005

EU-Erweiterung

Fotogalerie

15.07.06

Gegen ein neues Feudalsystem Träumerische Gedanken zu einer radikal neuen Programmatik linker Politik

Von Adalbert Feltz



Harald Kretzschmar: Gerettet!

Länder exportieren. Mord durch Aushungern im Ausmaß von Atombombenabwürfen – und das in einer Welt, die bereits jetzt ausreichend Nahrungsmittel für zwölf Milliarden Menschen produziert.

Die Protesthaltung dagegen ist weitgehend unbestimmt, die Leere in vielen Köpfen somit nur die Widerspiegelung des allgemeinen Mangels an Entwürfen für alternative Ansätze von Gesellschaftsentwicklung. Dass angesichts dessen das irrationale Denken Auftrieb erhält, Religionsbekenntnisse bis hin zur Esoterik immer mehr Zuspruch erfahren, Kunst und Kultur eingeschränkt und teilweise in eine kaum noch zu überbietende Dekadenz abgleiten sowie die wissenschaftliche Methode zur Gewinnung rationaler Erkenntnisse als eine von verschiedenen Möglichkeiten eingestuft und damit zur Beliebigkeit degradiert wird – das ist nur die Kehrseite ein und der selben Medaille.

Angesichts der katastrophalen Entwicklung, die vor unseren Augen abläuft, sind – bei ihrer Fortführung – große soziale Verwerfungen und Konflikte zu erwarten. Da genügt es nicht, sich auf das Benennen gesellschaftlicher Zustände zu beschränken.

Die Intellektuellen der Aufklärung im Jahrhundert vor der Französischen Revolution blieben nicht auf der Stufe der Abbildung gesellschaftlicher Missstände stehen. Sie lieferten Entwürfe für eine alternative, von den Mäkten und der Willkür des Feudalismus befreiten Gesellschaft. Wenn also gegenwärtig die Forderung nach einer zweiten Aufklärung erhoben wird, um dem feudalen Machtgebaren der

<<<

ND vom... (tt.mm.jj)

17.07.06 [Los](#)

ND-Archiv ab 2001

Volltextsuche

Drei Monate für 50 EUR



Drei Monate ND für nur 50 EUR, inklusive einer CD... [+++](#)

Pressefest 2006



Am 10. Juni fand unser Pressefest am Mehringplatz statt. [+++](#)

Neues vom ND-Shop



Kurt Maetzig DEFA-Film Edition [+++](#)

Schuber 60 Jahre DEFA [+++](#)

Alexandrow-Ensemble [+++](#)

Aktuelle Beilagen

15. September 2006:

Reisemagazin III

Redaktionsschluss für

Anzeigen: 31. August.

• nur in der Printausgabe

Beilagen 2006 [+++](#)

Bestsellerliste Ost [+++](#)

ND-Kunstmarkt [+++](#)



internationalen Finanzoligarchie entgegenzutreten, dann müssen sich die intellektuellen Vordenker von heute an ihren Vorgängern des 18. und 19. Jahrhunderts messen, messen lassen.

Ansätze für eine radikal neue Programmatik zur Wahrung von Demokratie und Menschenrechten sind in unserer Zeit allenfalls bei der politischen Linken anzutreffen, werden von dieser aber zu wenig prinzipiell vertreten. Das achtbare Bemühen zur Abfederung der schlimmsten Auswirkungen der kosmokratischen Herrschaft durch politische Einflussnahme auf kommunaler Ebene bis hin zur Beteiligung an Regierungen erweist sich als nicht ausreichend. Letzteres blockiert aus Gründen einzugehender Loyalität geradezu die Herausbildung einer profilierten Programmatik. Linke Politik, die sich auf Frieden mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen einlässt, löst sich selbst auf!

Es besteht die Erwartung, dass aus der Kultur linken Denkens Vorschläge für eine alternative Gesellschaft hervorgehen, die sich vom »Mainstream« signifikant unterscheiden. Ansätze sind im Parteiprogramm der PDS erkennbar.

Weltweit zu bekämpfen ist das neoliberale Wirtschaftskonzept, das die Grundstrukturen der Demokratie paralyisiert; elementare Menschenrechte werden mit Füßen getreten. Die Alternative wäre in einer weltumspannenden sozialen Marktwirtschaft zu suchen, die den Kräften des Marktes durch gesetzliche Regulierung Rahmenbedingungen setzt – so, dass sowohl regionale Interessen für eine ausgewogene Entwicklung als auch die Belange der unterentwickelten Länder und die der Umwelt global mit erfasst werden.

Dabei gilt es, den gesunden Wettbewerb zu bewahren und zu fördern, zugleich aber die gesellschaftliche Kontrolle über das Privateigentum an Produktionsmitteln unerbittlich durchzusetzen.

Dabei könnte sich die Mitentscheidung politischer Institutionen des Staates (oder der EU) in bestimmten Schlüsselbereichen wie der Energiewirtschaft (um Preisabsprachen und -treibereien zu unterbinden) und des Bankwesens als unverzichtbar erweisen.

Ein Höchstmaß an fachlicher und sozialer Kompetenz wäre auf der Ebene der politischen Führungskräfte und ebenso in den Konzernetagen der weltumspannenden

Wirtschaftsunternehmen die Voraussetzung für eine derartig neue Kultur des Einsatzes von Produktionsmitteln und deren weiterer, sozial wirksamer Ausformung. Dabei müssen Entscheidungen auf der Basis eines sich gegenseitig respektierenden Miteinander von Politik und Wirtschaft nach bestem Wissen und mit sozialem Gewissen getroffen werden. Volksvertreter und Vermögensvertreter wirken Hand in Hand nach hohen ethischen Grundsätzen.

Ein hoher Bildungsgrad der Menschen ist wiederum als die entscheidende Voraussetzung dafür anzusehen, dass bei Wahlen die Redlichen zu Mehrheiten gelangen und sich die Mandatsträger nicht aus einer vom Volk abgehobenen Elite reproduzieren. Den Menschen das Denken in historischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen nahe zu bringen, die Problemsicht zu schulen und die Fähigkeit auszubilden, sich auf Grund profunder rationaler Erkenntnisse ein zumindest partiell eigenes Urteil zu bilden – erst das schafft den mündigen Bürger, der bewusst wählt, der für die Demokratie mit seiner Person einsteht und diese stabilisiert.

Die Trennung von Staat und Kirche zu vollenden, gehört im 21. Jahrhundert auf die Tagesordnung, allein schon, um dem Ausgreifen des Fundamentalismus zu begegnen. Demokratie und Kirche haben nie zusammengehört. Es geht dabei nicht um eine Kampfansage an die Kirche, sondern um die Umsetzung einer kulturhistorischen Errungenschaft, die zum Beispiel in Frankreich seit 1905 vorbildlich festgeschrieben und selbst in Ländern wie der Türkei gesetzlich weitaus klarer geregelt ist als in Ländern wie Deutschland. Wo die Einzugsermächtigung von

Kirchensteuer etwa bei Arbeitslosigkeit auch dann geltendes Recht ist, wenn der Betreffende gar nicht Angehöriger einer Glaubensgemeinschaft ist (BVG Beschluss 1 BvL 8/85). In Österreich gar erscheint Religion als erste Note auf dem Zeugnis der Schüler, und die Kinder werden in der Regel am ersten Schultag nach den Ferien zuallererst in die Kirche zu einem Gottesdienst geführt.

Wo die gesundheitliche Betreuung der Menschen im Zeichen einer profitgierigen Ökonomisierung steht, wo aus Krankheit und Leiden Kapital geschlagen und zum Beispiel die Ertragsergiebigkeit eines Krankenhauses zu einem Faktor ärztlicher Entscheidung erhoben wird – da muss das ärztliche Ethos zwangsläufig in größte Bedrängnis geraten. Wenn die wirtschaftliche Bilanz als Sachzwang vor der Versorgung des Patienten Geltung erlangt, steht die Menschlichkeit auf dem Spiel. Es liegt darin eine der größten Fehlleistungen des neoliberalen Systems. Diese müsste in einer Gesundheitsreform abgestellt werden, die diesen Namen wirklich verdient.

Menschenrechte bestehen aus einer Einheit von individuellen freiheitlichen Grundrechten und sozialen Rechten. Dieses kulturbestimmende hohe Ethos der Menschheit, entstanden aus der Verallgemeinerung eines rational erarbeiteten irdischen Gerechtigkeitsempfindens, das die europäische Aufklärung hervorbrachte und das mit der Deklaration der Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948 zum Völkerrecht erhoben wurde – es gilt als Zielorientierung und Gradmesser für die Herausbildung einer Zivilgesellschaft, in der die Würde des Menschen unantastbar und geschützt ist. Unbestritten wichtig ist der Auftrag, die Menschenrechte vor Missbrauch und Instrumentalisierung zwecks Durchsetzung machtpolitischer Ziele zu bewahren.

Den Kosmokraten und ihren Lakaien ging es noch nie – weder in Afghanistan noch in Irak – primär um Menschenrechte, sondern stets zuallererst um ihren Profit, das »Feigenblatt« der Menschenrechte kommt ihnen stets zupass, um in der öffentlichen Meinung so Einfluss zu gewinnen, dass Machtbereiche ausgedehnt werden können.

Nur »Wolkenkuckucksheimer« können darauf verfallen, die Durchsetzung der Menschenrechte auf den Aspekt ihrer Unteilbarkeit zu reduzieren. Der Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte erfordert vor Ort eine differenzierte Bewertung, die historisch gewachsene Umstände ebenso berücksichtigt wie die Erhaltung der im Kampf gegen die kannibalische Weltordnung bereits errungenen Rechte. Über Parteiengezänk, taktisches Wahlverhalten und Machtgebaren hinweg den Völkern eine rationale Weltsicht mit realen Chancen für eine lebenswerte Zukunft zu vermitteln – darin besteht die große Aufgabe. Unverzichtbar ist dabei, die radikal-demokratische Kritik an den eskalierenden Ausbeutungsverhältnissen mit der Vision eines alternativen Weges zu verbinden.

Wo bleiben die Philosophen, deren Ideen in die Zukunft weisen? Wann rückt die überwiegend kontemplative Analyse gesellschaftlicher Prozesse der Vergangenheit in ein angemessenes Verhältnis zu Ideen, die »dem fahrenden Zug« eine andere Richtung weisen?

<<<   